S 31 EG 11/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Elterngeld – Tätigkeit für die Entwicklungshilfe – Bemessungsgrundlage – Unterhaltsgeld – keine analoge Anwendung der Bemessungsvorschriften zum Arbeitslosengeld – Zweck des Elterngelds als Einkommensersatzleistung – Geburt des Kindes als ausgleichungsberechtigendes Ereignis – kein Schutz vor sonstigen allgemeinen Erwerbs- oder Krankheitsrisiken – Steuerrechtsakzessorietät – Maßgeblichkeit des steuerrechtlichen Beschäftigungsbegriffs für das Elterngeldrecht – Verfassungsrecht – Schutz der Familie – Gleichheitssatz
Leitsätze	1. Die Bemessungsgrundlage für das Elterngeld bestimmt sich streng akzessorisch zum Steuerrecht. 2. Für die analoge Anwendung der Bemessungsvorschriften hinsichtlich des Arbeitslosengelds für Entwicklungshelfer auf deren Elterngeld fehlt es an einer Regelungslücke.
Normenkette	BEEG § 1 Abs 2 S 1 Nr 2 Alt 1; BEEG § 2 Abs 1 S 1; BEEG § 2 Abs 1 S 3 Nr 1; BEEG § 2 Abs 2 S 1; EStG § 1 Abs 4; EStG § 2 Abs 1 S 1 Nr 4; EStG § 3 Nr 61; EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1; EStG § 49 Abs 1 Nr 4 Buchst b; LStDV § 1 Abs 1 S 1; LStDV § 1 Abs 2 S 1; LStDV § 1 Abs 2 S 2; EhfG § 1; EhfG § 4 Abs 1 Nr 1; EhfG § 4 Abs 1 Nr 4; EhfG § 13 Abs 2; SGB III § 152 Abs 2; SGB X § 9 S 2; GG Art 3 Abs 1; GG Art 6 Abs 1 ; GG Art 6 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 31 EG 11/17
Datum	21.06.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 EG 3/18
Datum	27.03.2019

3. Instanz

Datum	24.03.2022

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 27.Â MÃ¤rz 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten Ã¼ber Bemessungsgrundlage und HÃ¶he des Elterngelds der KlÃ¤gerin.

Â

2

Die 1980 geborene KlÃ¤gerin stand vom 31.8.2013 bis zum 29.2.2016 bei der Deutschen Gesellschaft fÃ¼r Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Entwicklungshelferin in Jordanien unter Vertrag. WÃ¤hrend der Vertragszeit erhielt sie Leistungen nach dem Entwicklungshelferâ□□Gesetz (EhfG).

Â

3

Die Bundesagentur fÃ¼r Arbeit (BA) bewilligte der KlÃ¤gerin zunÃ¤chst Arbeitslosengeld fÃ¼r ehemalige Entwicklungshelfer nach einem fiktiven Bemessungsentgelt der QualifikationsgruppeÂ 1 (Hochschulâ□□ oder Fachhochschulausbildung).

Â

4

Am 28.4.2016 gebar die KlÃ¤gerin eine Tochter. Vom 12.3.2016 bis zum 23.6.2016 erhielt sie Mutterschaftsgeld iHv kalendertÃ¤glich 42,95Â Euro. Die BA hob deshalb die Arbeitslosengeld-Bewilligung ab dem 12.3.2016 auf.

Â

5

Auf ihren Antrag bewilligte die beklagte Stadt der KlÃ¤gerin mit Bescheid vom 4.8.2016 Elterngeld fÃ¼r die ersten zwÃ¶lf Lebensmonate ihrer Tochter (vom 28.4.2016 bis zum 27.4.2017) in HÃ¶he des Mindestbetrags von 300Â Euro unter Anrechnung des Mutterschaftsgelds.

Â

6

Mit ihrem Widerspruch reichte die KlÃ¤gerin Abrechnungen Ã¼ber das steuerpflichtige Unterhaltsgeld fÃ¼r Entwicklungshelfer ein, das sie vor der Geburt ihrer Tochter bezogen hatte. Zugleich verlangte sie, das Bemessungseinkommen fÃ¼r ihr Elterngeld in entsprechender Anwendung der Berechnungsvorschriften fÃ¼r das Arbeitslosengeld von Entwicklungshelfern nach einem fiktiven Einkommen der QualifikationsgruppeÂ 1 zu bestimmen. Sie habe ein Diplom in Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Berlin sowie einen Master of Science an der Fachhochschule KÃ¶ln und der Jordan University erworben.

Â

7

Daraufhin legte die Beklagte mit Abhilfebescheid vom 5.5.2017 der Elterngeldbemessung das Unterhaltsgeld zugrunde und Ã¤nderte die Elterngeldbewilligung auf null Euro fÃ¼r den ersten Lebensmonat, 74,08Â Euro fÃ¼r den zweiten und 574,27Â Euro fÃ¼r den dritten bis zwÃ¶lften Lebensmonat. Den darÃ¼ber hinausgehenden Widerspruch der KlÃ¤gerin wies sie zurÃ¼ck *(Widerspruchsbescheid vom 2.6.2017)*.

Â

8

Das SG hat die Beklagte unter AbÃ¤nderung der angefochtenen Bescheide verurteilt, der KlÃ¤gerin fÃ¼r den Bezugszeitraum monatlich weitere 37,67Â Euro Elterngeld unter Anrechnung des Mutterschaftsgelds zu gewÃ¤hren, weil die Beklagte zu Unrecht AbzÃ¼ge fÃ¼r BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung vorgenommen habe. FÃ¼r die KlÃ¤gerin habe wÃ¤hrend der

TÃ¤tigkeit als Entwicklungshelferin Versicherungsschutz gegen Krankheit durch eine Gruppenversicherung bei einem privaten Versicherungsunternehmen bestanden. Die weitergehende, auf Elterngeld nach einem hÃ¶heren fiktiven Bemessungsentgelt in entsprechender Anwendung der Berechnungsvorschriften fÃ¼r das Arbeitslosengeld von Entwicklungshelfern gerichtete Klage hat das SG abgewiesen, weil es dafÃ¼r an der erforderlichen planwidrigen RegelungslÃ¼cke fehle *(Urteil vom 21.6.2018)*.

Â

9

Die Berufung der KlÃ¤gerin hat das LSG ebenfalls mit Hinweis auf das Fehlen einer planwidrigen RegelungslÃ¼cke bei der Bemessung des Elterngelds fÃ¼r Entwicklungshelfer zurÃ¼ckgewiesen. Die Berechnung des Elterngelds auf Grundlage des Unterhaltsgelds verstoÃe nicht gegen das GG *(Urteil vom 27.3.2019)*.

Â

10

Mit ihrer Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin eine Verletzung materiellen Rechts. Das ihr gezahlte Unterhaltsgeld kÃ¶nne nicht als Einkommen aus ErwerbstÃ¤tigkeit iS des BEEG gelten. Der Entwicklungsdienst werde ohne Erwerbsabsicht geleistet, was sich in der geringen HÃ¶he des Unterhaltsgelds widerspiegele. Die Berechnung des Elterngelds unter Zugrundelegung eines hÃ¶heren fiktiven Einkommens in entsprechender Anwendung der Berechnungsvorschriften fÃ¼r das Arbeitslosengeld von Entwicklungshelfern sei sachgerecht. Neben dem BEEG enthalte auch das EhfG eine planwidrige RegelungslÃ¼cke. Die Berechnung des Elterngelds fÃ¼r Entwicklungshelfer auf Grundlage des Unterhaltsgelds verstoÃe gegen ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG und ArtÂ 6 AbsÂ 1 und 2 GG. Es gebe keine sachlichen GrÃ¼nde fÃ¼r eine Schlechterstellung von Entwicklungshelfern, die vor der Geburt eines Kindes im Interesse der Allgemeinheit tÃ¤tig gewesen seien, gegenÃ¼ber Eltern, die einen Beruf entsprechend ihrer Qualifikation ausgeÃ¼bt hÃ¤tten, ohne einen Dienst fÃ¼r die Gemeinschaft zu verrichten. Nicht zu rechtfertigen sei auch die Besserstellung von Entwicklungshelfern, die nach ihrem Entwicklungsdienst kein Eltern-, sondern Arbeitslosengeld bezÃ¶gen.

Â

11

Die KlÃ¤gerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 27.Â MÃ¤rz 2019 aufzuheben und das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 21.Â Juni 2018 zu Ã¤ndern und die Beklagte unter Ãnderung ihres Bescheids vom 4.Â August 2016 in der Gestalt des Teilabhilfebescheids vom 5.Â Mai 2017 und des Widerspruchsbescheids vom

2.Â Juni 2017 zu verurteilen, ihr Elterngeld fÃ¼r den ersten bis zwÃ¶lften Lebensmonat ihrer am 28.Â April 2016 geborenen Tochter in HÃ¶he von monatlich 1800Â Euro unter Anrechnung des in den ersten beiden Lebensmonaten des Kindes bezogenen Mutterschaftsgelds zu zahlen.

Â

12

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

13

Sie hÃ¤lt das angefochtene LSGâ□□Urteil fÃ¼r zutreffend.

Â

II

Â

14

Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist unbegrÃ¼ndet und deshalb zurÃ¼ckzuweisen *(*Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG*).* Die KlÃ¤gerin hat keinen Anspruch auf hÃ¶heres Elterngeld. Zu Recht wurde das Elterngeld nach dem von ihr zuletzt vor der Geburt ihres Kindes (28.4.2016) bezogenen Unterhaltsgeld fÃ¼r Entwicklungshelfer berechnet. Eine Berechnung unter Zugrundelegung eines hÃ¶heren fiktiven Einkommens in entsprechender Anwendung der Bemessungsvorschriften fÃ¼r das Arbeitslosengeld von Entwicklungshelfern kann sie nicht beanspruchen.

Â

15

A. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist der Anspruch der KlÃ¤gerin auf hÃ¶heres Elterngeld iHv monatlich 1800Â Euro unter Anrechnung des ihr gewÃ¤hrten Mutterschaftsgelds, soweit ihn der Beklagte mit Bescheid vom 4.8.2016 in Gestalt des Abhilfebescheids vom 5.5.2017 und des Widerspruchsbescheids vom 2.6.2017 *(*Â§Â 95 SGG*)* versagt hat. Hiergegen wendet sie sich zulÃ¤ssigerweise im Wege einer kombinierten Anfechtungsâ□□ und Leistungsklage *(*Â§Â 54 AbsÂ 1 *undÂ 4,* Â§Â 56 SGG*).*

Â

16

B. Die KlÃ¤gerin hat keinen Anspruch auf hÃ¶heres Elterngeld. Ihr Anspruch richtet sich nach dem BEEG grundsÃ¤tzlich in der hier maÃgeblichen ab 1.1.2015 geltenden Fassung des Gesetzes zur EinfÃ¼hrung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im BEEG vom 18.12.2014 *(BGBlÂ I 2325)*.

Â

17

Die KlÃ¤gerin war dem Grunde nach zum Bezug von Elterngeld berechtigtÂ *(dazu unterÂ 1.)*. Die Beklagte hat der Berechnung des Elterngelds mit dem Unterhaltsgeld das zutreffende Bemessungseinkommen zugrunde gelegtÂ *(dazu unterÂ 2.)*. Die KlÃ¤gerin kann nicht beanspruchen, wegen ihres Status als ehemalige Entwicklungshelferin Elterngeld unter Zugrundelegung eines fiktiven Einkommens in entsprechender Anwendung der Bemessungsvorschriften fÃ¼r das Arbeitslosengeld von Entwicklungshelfern nach der QualifikationsgruppeÂ I (Hochschulâ oder Fachhochschulausbildung) zu erhalten *(dazu unterÂ 3.)*. Gegen dieses Ergebnis bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken *(dazu unterÂ 4.)*.

Â

18

1.Â Der KlÃ¤gerin steht dem Grunde nach Elterngeld fÃ¼r die ersten zwÃ¶lfÂ Lebensmonate ihrer Tochter (28.4.2016 bis 27.4.2017) zu. Sie erfÃ¼llt die Grundvoraussetzungen des Elterngeldanspruchs nach Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BEEG. Wie in Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 bisÂ 4 BEEG vorausgesetzt, hatte die KlÃ¤gerin nach den fÃ¼r den Senat bindenden tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG *(Â§Â 163 SGG)* im Bezugszeitraum des Elterngelds ihren Wohnsitz in Deutschland, lebte in einem Haushalt mit der von ihr selbst betreuten und erzogenen Tochter und Ã¼bte im Bezugszeitraum keine volle ErwerbstÃ¤tigkeit iS von Â§Â 1 AbsÂ 4 BEEG *(idF des Gesetzes vom 18.12.2014, aaO)* aus.

Â

19

2.Â Als Bemessungseinkommen fÃ¼r das Elterngeld der KlÃ¤gerin haben die Beklagte und die Vorinstanzen zutreffend das ihr als Entwicklungshelferin im Bemessungszeitraum gezahlte steuerpflichtige Unterhaltsgeld herangezogen.

Â

20

a) Die Bemessungsgrundlage des Elterngelds bildet nach Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BEEG das â□□Einkommen aus ErwerbstÃ¤tigkeit vor der Geburt des Kindesâ□□. Das maÃ□gebliche Einkommen aus ErwerbstÃ¤tigkeit der KlÃ¤gerin errechnet sich gemÃ¤Ã□ Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 3 NrÂ 1 BEEG nach MaÃ□gabe der Â§Â§Â 2c bisÂ 2f BEEG aus der um die AbzÃ¼ge fÃ¼r Steuern und Sozialabgaben verminderten â□□Summe der positiven EinkÃ¼nfte aus nichtselbststÃ¤ndiger Arbeit nach Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 4 EStGâ□□.

Â

21

b) Bei dem der KlÃ¤gerin nach Â§Â 4 AbsÂ 1 NrÂ 1 EhfG als Geldleistung gezahlten Unterhaltsgeld handelt es sich um eine Einkunft aus nichtselbststÃ¤ndiger Arbeit nach Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 3 NrÂ 1 BEEG iVm Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 4, Â§Â 19 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 EStG. Denn die KlÃ¤gerin hat wÃ¤hrend ihrer TÃ¤tigkeit als Entwicklungshelferin im Dienst der GIZ nichtselbststÃ¤ndige Arbeit im Sinne dieser Bestimmungen verrichtetÂ *(dazu unter aa)* und dafÃ¼r Unterhaltsgeld als Einkunft bezogen *(dazu unterÂ bb),* das auch nicht wegen ihres Auslandsaufenthalts steuerfrei war *(dazu unterÂ cc)*.

Â

22

aa)Â FÃ¼r die Einstufung einer TÃ¤tigkeit als nichtselbststÃ¤ndige Arbeit iS von Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 3 NrÂ 1 BEEG iVm Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 4, Â§Â 19 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 EStG kann auf die Definitionen in Â§Â 1 AbsÂ 1 undÂ 2 LohnsteuerdurchfÃ¼hrungsverordnung (LStDV) *(iVm* Â§ 51 Abs 1 Nr 1 BuchstÂ a EStG*)* zurÃ¼ckgegriffen werden *(vgl Brose in Brose/Weth/Volk, MuSchG, BEEG, 9.Â Aufl 2020,* Â§Â 2 BEEG *RdNrÂ 28; BFH Urteil vom 11.7.2018 â□□Â* IÂ RÂ 44/16*Â â□□ juris RdNrÂ 14; BFH Beschluss vom 11.8.2009 â□□Â* VIÂ B 46/08*Â â□□ juris RdNrÂ 3; BFH Urteil vom 18.1.1991 â□□Â* VIÂ R 122/87*Â â□□ juris RdNrÂ 22; Eisgruber in Kirchhof/Seer, EStG, 21.Â Aufl 2022,* Â§Â 19 EStG *RdNrÂ 1a)*. Denn bei der Bestimmung des elterngeldrechtlichen Einkommensbegriffs hat der Gesetzgeber von Anfang an ein steuerrechtsakzessorisches Regelungskonzept gewÃ¤hlt und dieses im Verlauf der Zeit wiederholt ausdrÃ¼cklich bestÃ¤tigt. Darauf hat der Senat bereits mehrfach hingewiesen *(vgl zB BSG Urteil vom 25.6.2020 â□□Â* BÂ 10Â EG 3/19Â R*Â â□□* BSGEÂ 130, 237 *=Â SozR 4â□□7837 Â§Â 2c NrÂ 7, RdNrÂ 30 mwN)*. Nach Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 LStDV sind Arbeitnehmer Personen, die in Ã¶ffentlichem oder privatem Dienst angestellt oder beschÃ¤ftigt sind und aus diesem DienstverhÃ¤ltnis Arbeitslohn beziehen. Ein DienstverhÃ¤ltnis liegt nach Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 1 LStDV vor, wenn der Angestellte (BeschÃ¤ftigte) dem Arbeitgeber seine Arbeitskraft schuldet. Dies ist nach Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 2 LStDV der Fall, wenn die tÃ¤tige Person in der BetÃ¤tigung ihres geschÃ¤ftlichen Willens unter der Leitung des Arbeitgebers steht oder im geschÃ¤ftlichen Organismus des Arbeitgebers dessen Weisungen zu folgen verpflichtet ist.

Â

23

Die KlÃ¤gerin hat als Entwicklungshelferin in einem solchen DienstverhÃ¤ltnis nichtselbststÃ¤ndige Arbeit ausgeÃ¼bt. Entwicklungshelfer, die wie die KlÃ¤gerin unter das EhfG fallen, sind im steuerrechtlichen Sinne Arbeitnehmer *(Stache in Bordewin/Brandt, EStG, Kommentar, Werkstand Dezember 2021,* Â§Â 19 EStG *RdNrÂ 291)*. Dem steht nicht entgegen, dass Entwicklungshelfer wÃ¤hrend des Entwicklungsdienstes in keinem entgeltlichen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis *(BSG Urteil vom 3.9.1998 â□□Â* BÂ 12Â KR 21/97Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 5 NrÂ 39 *RdNrÂ 18; Dietrich in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ IV, Â§Â 4 RdNrÂ 34, Stand der Einzelkommentierung 11.4.2022)* oder ArbeitsverhÃ¤ltnis *(LAG KÃ¶ln Beschluss vom 29.12.2021 â□□Â* 9Â Ta 174/21*Â â□□ juris RdNrÂ 24; BAG Urteil vom 27.4.1977 â□□Â* 5Â AZR 129/76*Â â□□ juris RdNrÂ 60)* stehen, sondern in einem RechtsverhÃ¤ltnis eigener Art *(BSG Urteil vom 25.6.1991 â□□Â* 1/3Â RK 1/90*Â â□□* BSGE 69, 66 = SozR 3â□□2200 Â§Â 200 NrÂ 2 *â□□Â juris RdNrÂ 16; Preis in Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 22.Â Aufl 2022,* Â§Â 611a BGB *RdNrÂ 135; Temming, MÃ¼nchener Handbuch zum Arbeitsrecht, BandÂ 1, 5.Â Aufl 2021, Â§Â 19 RdNrÂ 66; Walker in Schwab/Weth, ArbGG, 6.Â Aufl 2022, Â§Â 2 RdNrÂ 171)*. Der â□□Â auch im Elterngeldrecht aufgrund dessen SteuerakzessorietÃ¤t maÃ□gebliche Â â□□ steuerrechtliche Begriff des DienstverhÃ¤ltnisses ist nicht notwendigerweise mit dem identisch, was im Arbeitsâ□□ oder Sozialrecht (auÃ□erhalb des Elterngeldrechts) als Arbeits- oder BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis gilt *(vgl BFH Beschluss vom 9.11.2004 â□□Â* VIÂ B 150/03*Â â□□ juris RdNrÂ 4; BFH Beschluss vom 9.1.2004 â□□Â* VÂ B 140/03*Â â□□ juris RdNrÂ 10; BFH Urteil vom 2.12.1998 â□□Â* XÂ RÂ 83/96*Â â□□ juris RdNrÂ 54; Breinersdorfer in Kirchhof/SÃ¶hn/Mellinghoff, EStG, Â§Â 19 BÂ 32, Stand der Einzelkommentierung April 2017).*

Â

24

bb)Â Das der KlÃ¤gerin fÃ¼r ihren Entwicklungsdienst gezahlte Unterhaltsgeld war auch eine Einkunft aus nichtselbststÃ¤ndiger Arbeit iS von Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 4 EStG. Dazu zÃ¤hlen nach Â§Â 19 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 EStG GehÃ¤lter, LÃ¶hne, Gratifikationen, Tantiemen und andere BezÃ¼ge und Vorteile fÃ¼r eine BeschÃ¤ftigung im Ã¶ffentlichen oder privaten Dienst. Wie sich aus der dortigen AufzÃ¤hlung der EinkÃ¼nfte erschlieÃ□t, erfasst die Vorschrift alle Leistungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer, die durch die Arbeitsleistung veranlasst sind und im weitesten Sinne eine Gegenleistung fÃ¼r ihre Arbeitskraft darstellen. Alle Einnahmen (Geldâ□□ oder Sachleistungen) aus einem Arbeitsâ□□ oder DienstverhÃ¤ltnis sind daher Arbeitslohn *(BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 17/09Â R*Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 7 RdNr 26; BSG Urteil vom 3.12.2009 â□□Â* BÂ 10Â EG 3/09Â R*Â â□□* BSGE 105, 84 *=Â* SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 4*, RdNrÂ 28)* und damit auch das von der KlÃ¤gerin bezogene Unterhaltsgeld.

Â

25

Dem steht nicht entgegen, dass Entwicklungshelfer nach Â§Â 1 AbsÂ 1 NrÂ 1 EhfG ihren Dienst in EntwicklungslÃ¤ndern â□□ohne Erwerbsabsichtâ□□ erbringen, um in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zum Fortschritt dieser LÃ¤nder beizutragen *(vgl hierzu BSG Urteil vom 25.6.1991 â□□Â* 1/3Â RK 1/90*Â â□□* BSGE 69, 66 = SozR 3â□□2200 Â§Â 200 NrÂ 2 *â□□Â juris RdNrÂ 16 mwN).* Denn steuerrechtlich genÃ¼gt die AusÃ¼bung einer BeschÃ¤ftigung mit Ã□berschusserzielungsabsicht. Diese ist unabhÃ¤ngig von den (inneren) Motiven fÃ¼r die BeschÃ¤ftigung dann anzunehmen, wenn daraus in der Regel Ã□berschÃ¼sse erzielt und nicht lediglich (in pauschalierter Weise) die tatsÃ¤chlichen Selbstkosten abgedeckt werden *(BFH Urteil vom 20.11.2018 â□□Â* VIIIÂ R 17/16*Â â□□ juris RdNrÂ 28; BFH Urteil vom 4.8.1994 â□□Â* VIÂ R 94/93*Â â□□ juris RdNrÂ 10, jeweils mwN)*. Hiernach bestand eine Ã□berschusserzielungsabsicht bei der KlÃ¤gerin schon deshalb, weil das Unterhaltsgeld nach dem ausdrÃ¼cklichen Wortlaut des Â§Â 4 AbsÂ 1 NrÂ 1 EhfG dazu bestimmt war, ihren Lebensbedarf zu sichern und nicht nur (im Sinne einer AufwandsentschÃ¤digung) die tatsÃ¤chlichen Kosten ihrer TÃ¤tigkeit abzudecken.

Â

26

cc)Â Das Unterhaltsgeld als Einkunft der KlÃ¤gerin aus nichtselbststÃ¤ndiger Arbeit war auch nicht wegen ihres Auslandsaufenthalts steuerfrei. Die (beschrÃ¤nkte) Steuerpflicht ergab sich insoweit schon aus Â§Â 1 AbsÂ 4 iVm Â§Â 49 AbsÂ 1 NrÂ 4b EStG, weil nach den Feststellungen der Vorinstanzen das von der GIZ gezahlte Unterhaltsgeld aus einer â□□inlÃ¤ndischen Ã¶ffentlichen Kasseâ□□ im Sinne dieser Bestimmung gewÃ¤hrt wurde *(vgl Loschelder in Schmidt, EStG, 41.Â Aufl 2022, Â§Â 49 RdNrÂ 87; Gosch in Kirchhof/Seer, EStG, 21.Â Aufl 2022, Â§Â 49 RdNrÂ 65; zur frÃ¼heren Verwaltungspraxis vgl LSG Badenâ□□WÃ¼rttemberg Urteil vom 18.11.2014 â□□Â* LÂ 11Â EG 3121/13*Â â□□ juris RdNrÂ 24 mwN)*. SchlieÃ□lich zÃ¤hlt das Unterhaltsgeld nach Â§Â 4 AbsÂ 1 NrÂ 1 EhfG auch nicht zu den in Â§Â 3 NrÂ 61 EStG aufgefÃ¼hrten steuerfreien Einnahmen von Entwicklungshelfern.

Â

27

3.Â Die Voraussetzungen fÃ¼r eine rechtsfortbildende Anwendung der Berechnungsvorschriften des Arbeitslosengelds fÃ¼r Entwicklungshelfer Ã¼ber ein fiktives Bemessungseinkommen nach Â§Â 13 AbsÂ 2 EhfG iVm Â§Â 152 SGBÂ III auf den Elterngeldanspruch der KlÃ¤gerin sind nicht erfÃ¼llt. FÃ¼r eine Rechtsfortbildung im Wege der hier allein in Betracht kommenden Analogie *(dazu unterÂ a)* fehlt es bereits an einer planwidrigen LÃ¼cke im BEEG *(dazu unterÂ b)* und im EhfG *(dazu unterÂ c)*.

Â

28

a) Analogie ist die Ãbertragung der Rechtsfolge eines geregelten Tatbestands auf einen ihm Ã¤hnlichen, aber vom Gesetzgeber nicht geregelten Sachverhalt. Ein Analogieschluss setzt voraus, dass die geregelte Norm analogiefÃ¤hig ist, das Gesetz eine planwidrige RegelungslÃ¼cke enthÃ¤lt und der zu beurteilende Sachverhalt in rechtlicher Hinsicht soweit mit dem Tatbestand vergleichbar ist, den der Gesetzgeber geregelt hat, dass angenommen werden kann, dieser wÃ¤re bei einer InteressenabwÃ¤gung, bei der er sich von denselben GrundsÃ¤tzen hÃ¤tte leiten lassen wie bei dem Erlass der herangezogenen Gesetzesvorschrift, zu dem gleichen AbwÃ¤gungsergebnis gekommen *(BSG Urteil vom 20.5.2020 â€Â BÂ 13Â R 9/19Â RÂ â€ BSGE 130, 171 =Â SozR 4â€5075 Â§Â 1 NrÂ 10, RdNrÂ 65; BSG Urteil vom 30.1.2020 â€Â BÂ 2Â U 19/18Â RÂ â€ BSGEÂ 130, 25 =Â SozR 4â€1300 Â§Â 105 NrÂ 8, RdNrÂ 29, jeweils mwN)*. FÃ¼r eine richterliche Rechtsfortbildung im Wege der Analogie muss das Gericht daher aufgrund einer Betrachtung und Wertung des einfachen Gesetzesrechts zunÃ¤chst eine GesetzeslÃ¼cke feststellen.

Â

29

b) Der Elterngeldanspruch fÃ¼r Entwicklungshelfer im BEEG weist keine solche planwidrige UnvollstÃ¤ndigkeit auf. Der Senat sieht keine Anhaltspunkte fÃ¼r eine LÃ¼cke im Regelungsplan des BEEG. Weder dessen Entstehungsgeschichte *(dazu unterÂ aa)* noch die Systematik des Elterngeldrechts und die Zweckbestimmung des Elterngelds *(dazu unter bb)* sprechen dafÃ¼r.

Â

30

aa) Bereits die Entstehungsgeschichte des BEEG gibt keinen Anhalt fÃ¼r eine UnvollstÃ¤ndigkeit des Gesetzes. Denn wie schon die Vorinstanzen zutreffend ausgefÃ¼hrt haben, hat der Gesetzgeber die MÃ¶glichkeit eines Elterngeldanspruchs fÃ¼r Entwicklungshelfer von Beginn an im Blick gehabt. Deshalb hat er in Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 1 NrÂ 2 BEEG das von Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 BEEG fÃ¼r das Elterngeld ausdrÃ¼cklich bestÃ¤tigte TerritorialitÃ¤tsprinzip *(vgl* Â§Â 30 AbsÂ 1 SGBÂ I *iVm* Â§Â 68 NrÂ 15 SGBÂ I*)* modifiziert, um auch Entwicklungshelfern iS von Â§Â 1 EhfG den Bezug von Elterngeld zu ermÃ¶glichen, die sich im Ausland aufhalten und weder Wohnsitz noch gewÃ¶hnlichen Aufenthalt in Deutschland haben *(vgl zuvor fÃ¼r das Erziehungsgeld bereits Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 1 NrÂ 3 Bundeserziehungsgeldgesetz in der bis zum 31.12.2008 geltenden Fassung des Gesetzes vom 13.12.2006,* BGBlÂ I 2915*)*. Weitere abweichende ModalitÃ¤ten des Elterngeldanspruchs von Entwicklungshelfern hat der Gesetzgeber dagegen nicht geregelt. Insbesondere hat er keine gesonderte, von

den allgemeinen Regeln abweichende Bestimmung des Bemessungseinkommens vorgenommen, obwohl ihm das System der Bezahlung von Entwicklungshelfern durch ein (Basisâ□□)Unterhaltsgeld unterhalb des Niveaus einer erwerbsbestimmten VergÃ¼tung *(vgl BegrÃ¼ndung zum Entwurf der Bundesregierung vom 15.3.1968 eines EhfG, BTâ□□Drucks V/2696 SÂ 9)* bekannt sein musste.

Â

31

bb) Gegen eine planwidrige RegelungslÃ¼cke spricht zudem die Systematik des Elterngeldrechts und die Zweckbestimmung des Elterngelds. Der Gesetzgeber hat das Elterngeld als Einkommensersatzleistung konzipiert, die sich grundsÃ¤tzlich an dem im Bemessungszeitraum vor der Geburt durchschnittlich erzielten Einkommen aus ErwerbstÃ¤tigkeit orientiert *(vgl* Â§Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1*, 2b AbsÂ 1 SatzÂ 1 und* Â§Â 2b AbsÂ 2 SatzÂ 1 BEEG*)*. Der Staat stellt mit dem Elterngeld eine einkommensorientierte Zuwendung in Aussicht, um die EinbuÃ□en an Erwerbseinkommen ganz oder teilweise auszugleichen, die sachlich mit dem ausgleichsberechtigenden Ereignis â□□Â der Geburt des KindesÂ â□□ zusammenhÃ¤ngen. Realisiert sich dagegen in der Zeit vor der Geburt des Kindes ein anderes Erwerbsâ□□ oder Ausfallrisiko (zB Wirtschaftsâ□□ oder Arbeitsmarktlage, Krankheit), so sind die damit einhergehenden EinkommensausfÃ¤lle grundsÃ¤tzlich nicht vom Sinn und Zweck dieser Zuwendung umfasst *(BSG Urteil vom 20.5.2014 â□□Â* BÂ 10Â EG 2/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 27 RdNrÂ 20; BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 21/09Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 63 unter Hinweis auf die BegrÃ¼ndung zum Entwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vom 20.6.2006 eines Gesetzes zur EinfÃ¼hrung des Elterngeldes, BTâ□□Drucks 16/1889 SÂ 20)*.

Â

32

Abweichungen von der MaÃ□geblichkeit des vorgeburtlichen Einkommens regeln nur die hier nicht einschlÃ¤gigen AusklammerungstatbestÃ¤nde des Â§Â 2b AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 1 bisÂ 4 BEEG. Auch diese TatbestÃ¤nde sehen aber als Bemessungsgrundlage kein fiktives Einkommen vor, sondern verschieben den Bemessungszeitraum Ã¼berwiegend aus GrÃ¼nden, die in einem sachlichen Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes stehen, wie etwa einer schwangerschaftsbedingten Erkrankung. Eine Privilegierung von Einkommensausfall â□□Â allerdings nur durch Verschiebung des BemessungszeitraumsÂ â□□ sieht das BEEG damit zum einen nur fÃ¼r Sachverhalte in unmittelbarem Zusammenhang mit dem FÃ¶rderzweck des Elterngelds vor; zum anderen zum Ausgleich der mit der Ableistung von Wehrdienst *(nach dem Wehrpflichtgesetz in der bis zum 31.5.2011 geltenden Fassung oder nach dem Vierten Abschnitt des Soldatengesetzes) oder Zivildienst (nach dem Zivildienstgesetz)* verbundenen Nachteile wie insbesondere der EinschrÃ¤nkung der BerufsausÃ¼bungsfreiheit *(BegrÃ¼ndung zum Entwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD vom 3.6.2008 eines Ersten Gesetzes zur Ã□nderung*

des BEEG, BTâ□□Drucks 16/9415 SÂ 5). Dagegen bleiben Einkommensminderungen oder â□□ausfÃ¤lle aufgrund allgemeiner Erwerbsrisiken oder sonstiger individueller UmstÃ¤nde bei der Bemessung der LeistungshÃ¶he auÃ□er Betracht *(vgl BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 20/09Â RÂ *â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 8 RdNrÂ 70)*. MÃ¶gliche EinkommenseinbuÃ□en der KlÃ¤gerin durch ihre berufliche Entscheidung fÃ¼r den Entwicklungsdienst sind daher nach der Systematik des Elterngeldrechts ihrer privaten RisikosphÃ¤re zuzuordnen.

Â

33

Das BEEG bedient sich zwar der klassischen Bemessungstechnik fÃ¼r Einkommensersatzleistungen im Sozialversicherungs- und sozialen EntschÃ¤digungsrecht, nÃ¤mlich die Leistung nach einem bestimmten Prozentsatz auf der Grundlage des Einkommens in einem definierten Zeitraum vor Eintritt des Versicherungs- oder Versorgungsfalls zu berechnen *(BSG Urteil vom 25.6.2009 â□□Â* BÂ 10Â EG 8/08Â RÂ *â□□* BSGEÂ 103, 291 *=Â* SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 2*, RdNrÂ 59)*. Gerade nicht Ã¼bernommen hat der Gesetzgeber im Elterngeldrecht aber die spezielle Regelungstechnik eines fiktiven, zukÃ¼nftig erzielbaren Bemessungseinkommens, wie es Â§Â 152 SGBÂ III ausnahmsweise fÃ¼r das Arbeitslosengeld vorsieht, anstatt des fÃ¼r den Normalfall angeordneten RÃ¼ckgriffs auf das Bemessungseinkommen in der Vergangenheit. Vielmehr war es ausdrÃ¼cklich die Intention des BEEG-Gesetzgebers, die Bemessung des Elterngelds an dem individuellen (tatsÃ¤chlich zur VerfÃ¼gung stehenden) Einkommen eines Elternteils vor der Geburt auszurichten und einen solchen tatsÃ¤chlichen Einkommensausfall zu kompensieren *(vgl BTâ□□Drucks 16/1889 SÂ 15, 20Â f)*.

Â

34

c) Ebenso wenig weist das EhfG die fÃ¼r das Begehren der KlÃ¤gerin notwendige RegelungslÃ¼cke auf. Der Gesetzgeber hat fÃ¼r die soziale Absicherung von Entwicklungshelfern durch spezielle Regelungen zur Krankenâ□□, Unfallâ□□, Rentenâ□□ und Arbeitslosenlosenversicherung differenziert Sorge getragen *(vgl* Â§Â§Â 7 *bis* 15Â EhfG*,* Â§Â 4 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1*,* Â§Â 166 AbsÂ 1 NrÂ 4*,* Â§Â 170 AbsÂ 1 NrÂ 4 SGBÂ VI*,* Â§Â 2 AbsÂ 3 SatzÂ 1 NrÂ 2 BuchstÂ a SGBÂ VII*)*. Er hat zudem in Â§Â 4 AbsÂ 1 NrÂ 4 EhfG die Ã□bernahme der Pflichten nach dem Mutterschutzgesetz durch den TrÃ¤ger der Entwicklungshilfe vorgesehen. Im Falle der Schwangerschaft einer Entwicklungshelferin hat der TrÃ¤ger fÃ¼r die Dauer der Schutzfristen die vertraglichen Unterhaltsleistungen weiter zu gewÃ¤hren *(*Â§Â 8 AbsÂ 2 EhfG*)*. Dieses Regelungskonzept verfolgt das Ziel, die soziale Sicherung von Entwicklungshelfern im Ergebnis so zu gestalten, wie sie bei TÃ¤tigkeiten im Inland besteht, und darÃ¼ber hinaus der besonderen Eigenart ihres rechtlichen Status und den besonderen Risiken Rechnung zu tragen, die ein Dienst in EntwicklungslÃ¤ndern mit sich bringt *(BSG Urteil vom 3.9.1998 â□□Â* BÂ 12Â KR

21/97Â RÂ â□□ SozR 3â□□2500 Â§Â 5 NrÂ 39 *RdNrÂ 18; BSG Urteil vom 25.6.1991 â□□Â* 1/3 RK 1/90*Â â□□* BSGE 69, 66 = SozR 3â□□2200 Â§Â 200 NrÂ 2 *â□□Â juris RdNrÂ 16; vgl auch BTâ□□Drucks V/2696 SÂ 8)*. Auch nach dem Inkrafttreten des BEEG hat der Gesetzgeber â□□Â wie zuvor bereits unter Geltung des BErzGG *(vgl Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 1 NrÂ 3 BErzGG in der bis zum 31.12.2008 geltenden Fassung des Gesetzes vom 13.12.2006, aaO)Â â□□* keinen Anlass gesehen, den Fall des Einkommensverlustes wegen Kinderbetreuung im EhfG fÃ¼r Entwicklungshelfer durch besondere Bemessungsregelungen gesondert zu regeln. Vielmehr hat er diese spezielle soziale Absicherung ersichtlich und systemkonform allein dem BEEG Ã¼berlassen.

Â

35

4.Â Die Bemessung des Elterngelds der KlÃ¤gerin auf der Grundlage ihres tatsÃ¤chlichen steuerpflichtigen Einkommens aus ihrem Dienst als Entwicklungshelferin vor der Geburt ihres Kindes in Gestalt des Unterhaltsgelds verstÃ¶Ã□t nicht gegen das GG *(ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG und ArtÂ 6 AbsÂ 1 undÂ 2 GG*).

Â

36

a) Die von der KlÃ¤gerin gerÃ¼gte Ungleichbehandlung bei der Bemessung des Elterngelds mit Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes keinen Entwicklungsdienst im Interesse der Allgemeinheit verrichtet haben und entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation hÃ¶her entlohnt worden sind, ist durch sachliche GrÃ¼nde gerechtfertigt.

Â

37

Wie das BVerfG bereits entschieden hat, beruht die nicht personenâ□□, sondern sachbezogene Ungleichbehandlung von Elterngeldberechtigten, die an der einkommensbezogenen Differenzierung der ElterngeldhÃ¶he anknÃ¼pft, auf hinreichend gewichtigen GrÃ¼nden. Sie ist deshalb auch unter BerÃ¼cksichtigung der Schutzâ□□ und FÃ¶rderdimension von ArtÂ 6 AbsÂ 1 undÂ 2 GG grundrechtlich gerechtfertigt *(BVerfG Beschluss vom 9.11.2011 â□□Â* 1Â BvR 1853/11*Â â□□ juris RdNrÂ 7Â ff)*. Der Gesetzgeber durfte im Rahmen seines weiten Gestaltungsspielraums bei der Ausgestaltung der FamilienfÃ¶rderung *(BVerfG, aaO, RdNrÂ 13 undÂ 20)* die Berechnung des Elterngelds am Einkommen aus nichtselbststÃ¤ndiger ErwerbstÃ¤tigkeit in den zwÃ¶lf Monaten vor der Geburt orientieren, weil dieser Bemessungszeitraum die EinkommensverhÃ¤ltnisse der Berechtigten vor der Geburt des Kindes am besten abbildet *(vgl BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 17/09Â R*Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 7 RdNrÂ 78; BTâ□□Drucks 16/1889 SÂ 20)*.

Â

38

Die durch die Wahl dieses Bemessungszeitraums bedingte Risikoverteilung ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Mit dem Elterngeld stellt der Staat â wie oben bereits ausgefÃ¼hrt â Â eine einkommensorientierte Zuwendung in Aussicht, um die EinbuÃen an Erwerbseinkommen ganz oder teilweise auszugleichen, die sachlich mit dem ausgleichsberechtigenden EreignisÂ â der Geburt des KindesÂ â zusammenhÃ¤ngen. EinkommenseinbuÃen aus sonstigen GrÃ¼nden werden dem Risikobereich des Berechtigten zugeordnet; die Behebung sozialer Notlagen bleibt anderen Sicherungssystemen Ã¼berlassen *(BSG Urteil vom 17.2.2011 â Â BÂ 10Â EG 20/09Â RÂ â SozR 4â7837 Â§Â 2 NrÂ 8 RdNrÂ 71; BVerfG Beschluss vom 9.11.2011 â Â 1Â BvR 1853/11Â â juris RdNrÂ 17)*.

Â

39

Zu solchen GrÃ¼nden, die in die persÃ¶nliche RisikosphÃ¤re des Berechtigten fallen, gehÃ¶ren auch seine Motive fÃ¼r die Wahl einer geringer bezahlten TÃ¤tigkeit, wie sie die KlÃ¤gerin mit ihrer Entscheidung fÃ¼r den Entwicklungsdienst im Ausland getroffen hat. Wollte man dagegen die Bestimmung des Bemessungszeitraums an eine Bewertung der BeweggrÃ¼nde fÃ¼r die Aufnahme der vorgeburtlichen BerufstÃ¤tigkeit knÃ¼pfen, wÃ¼rde dies zu unÃ¼bersehbaren Abgrenzungsproblemen fÃ¼hren. In dieser Hinsicht weist die Beklagte im Ãbrigen zutreffend darauf hin, dass neben dem altruistischen Motiv eines Dienstes an der Allgemeinheit auch der Erfahrungsgewinn fÃ¼r die eigene Fortbildung ein Ertrag dieses Dienstes sein kann *(vgl auch BTâDrucks V/2696 SÂ 9)*.

Â

40

SchlieÃlich bildet auch die PraktikabilitÃ¤t der LeistungsgewÃ¤hrung *(vgl* Â§Â 9 SatzÂ 2 SGBÂ X*)* einen gewichtigen sachlichen Grund fÃ¼r die vom Gesetzgeber gewÃ¤hlte Ausgestaltung der steuerrechtsakzessorischen Bemessungsmethode auf der Grundlage des vorgeburtlichen Einkommens *(BSG Urteil vom 17.2.2011 â Â BÂ 10Â EG 20/09Â RÂ â SozR 4â7837 Â§Â 2 NrÂ 8 RdNrÂ 71)*. So muss im Bemessungszeitraum nicht nach einem bestehenden, unterbrochenen oder beendeten BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis oder nach dem Grund der EinkommenseinbuÃen aus ErwerbstÃ¤tigkeit unterschieden werden. Die damit sonst verbundenen Schwierigkeiten lassen sich zB an dem sehr differenziert ausgestalteten Bemessungsrecht beim Arbeitslosengeld *(vgl* Â§Â§Â 149*Â ff SGBÂ III)* unschwer erkennen *(vgl BSG Urteil vom 18.8.2011 â Â BÂ 10Â EG 8/10Â RÂ â juris RdNrÂ 60 mwN)*. Das von der KlÃ¤gerin begehrte Abstellen auf ein fiktives Einkommen wÃ¼rde demgegenÃ¼ber gerade Elemente dieses komplexeren

Bemessungsrechts in das Elterngeld Ã¼bernehmen und damit zu einem erheblich hÃ¶heren Verwaltungsaufwand fÃ¼hren. Soziale HÃ¤rten durch die EinkommensabhÃ¤ngigkeit des Elterngelds werden schlieÃlich jedenfalls teilweise durch die Steigerung der Ersatzrate bei geringen Einkommen ausgeglichen, wie sie Â§Â 2 AbsÂ 2 SatzÂ 1 BEEG festlegt. Davon hat auch die KlÃ¤gerin profitiert: So belief sich die Ersatzrate in ihrem Fall auf rund 82Â Prozent statt der normalerweise vorgesehenen 67Â Prozent des maÃgebenden Bemessungseinkommens vor der Geburt *(vgl Abhilfebescheid der Beklagten vom 5.5.2017)*.

Â

41

b) Ebenso durch sachliche GrÃ¼nde gerechtfertigt ist die von der KlÃ¤gerin gerÃ¼gte Ungleichbehandlung bei der Bemessung des Elterngelds im Vergleich zu Entwicklungshelfern, die nach ihrem Dienst Arbeitslosengeld auf der Grundlage eines fiktiven Einkommens nach Â§Â 13 AbsÂ 2 EhfG iVm Â§Â 152 AbsÂ 2 SGBÂ III beziehen.

Â

42

Ein sachliches Differenzierungskriterium ergibt sich bereits aus den systembedingten Unterschieden zwischen Arbeitslosengeld als (grundsÃ¤tzlich) beitragsfinanzierte Versicherungsleistung der ArbeitsfÃ¶rderung *(vgl* Â§Â 3 AbsÂ 1 und AbsÂ 4 NrÂ 1 SGBÂ III*)* und Elterngeld als steuerfinanzierte Familienleistung *(vgl* Â§Â 6 *und* Â§Â 25 AbsÂ 2 SGBÂ I*,* Â§Â 12 AbsÂ 2 BEEG*)*. Dem steht nicht entgegen, dass die Mehraufwendungen, die der BA durch den in Â§Â 13Â EhfG geregelten Anspruch auf Arbeitslosengeld fÃ¼r Entwicklungshelfer und der dort bestimmten Gleichstellung von Zeiten des Entwicklungsdienstes mit Zeiten eines VersicherungspflichtverhÃltnisses nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung entstehen, vom Bund erstattet werden. Denn der Gesetzgeber verfÃ¼gt â Â wie oben bereits erwÃ¤hntÂ â im Bereich der gewÃ¤hrenden StaatstÃ¤tigkeit und damit auch bei der Ausgestaltung des Elterngeldrechts Ã¼ber einen weiten Gestaltungsspielraum *(BSG Urteil vom 21.6.2016 â Â* BÂ 10Â EG 8/15Â R*Â â* BSGE 121, 222 *= SozR 4â7837 Â§Â 2b NrÂ 1, RdNrÂ 28 mwN)*.

Â

43

Grundlage der Berechnung der ElterngeldhÃ¶he bildet die sogenannte Bezugsâ und Referenzmethode. Danach wird unter Bezugnahme auf den wirtschaftlichen Dauerzustand eines gerade vergangenen Zeitraums auf ein Durchschnittseinkommen geschlossen, das den individuellen Lebensstandard prÃ¤gt *(BSG Urteil vom 18.8.2011 â Â* BÂ 10Â EG 7/10Â R*Â â* BSGE 109, 42 *=Â SozR 4â7837 Â§Â 2 NrÂ 10, RdNrÂ 23; BSG Urteil vom 17.2.2011*

â□□Â BÂ 10Â EG 21/09Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 58)*. DemgegenÃ¼ber stellt Â§Â 152 AbsÂ 2 SGBÂ III nicht mehr auf zurÃ¼ckliegende, sondern auf zukÃ¼nftige Entgelte ab, die der Arbeitslose nach seiner beruflichen Qualifikation erzielen kÃ¶nnte *(Rolfs in Gagel, SGBÂ II/SGBÂ III, Werkstand MÃ¤rz 2022,* Â§Â 152 SGB III *RdNrÂ 4)*, weil ein ausreichend reprÃ¤sentatives Bemessungsentgelt in der Vergangenheit nicht mehr festgestellt werden kann *(vgl Brand in Brand, SGBÂ III, 9.Â Aufl 2021, Â§Â 152 RdNrÂ 2; Brackelmann in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ III, 2.Â Aufl, Â§Â 152 RdNrÂ 3, Stand der Einzelkommentierung 2.6.2020)*.

Â

44

Zudem ist das Elterngeld eine familienpolitische FÃ¶rderleistung eigener Art, die vielfÃ¤ltige Ziele verfolgt. Seine Einkommensersatzfunktion unterscheidet sich wesentlich von kurzfristigen Entgeltersatzleistungen wie zB dem Arbeitslosengeld, das bei schutzwÃ¼rdigem Wegfall des Arbeitsentgelts (infolge von Arbeitslosigkeit) den individuellen Lebensstandard des Betroffenen fÃ¼r einen vorÃ¼bergehenden Zeitraum erhalten soll. Das Elterngeld stellt in seiner einkommensersetzenden Funktion eine (verhaltenssteuernde) Subvention zur FÃ¶rderung der Kindererziehung dar. Zugleich verfolgt der Gesetzgeber mit dem derart ausgestalteten Elterngeld weitergehende Ziele, ua die FÃ¶rderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der gleichberechtigten Kindererziehung von Mann und Frau, der GewÃ¤hrung eines finanziellen Schonraums fÃ¼r junge Familien bei einer betreuungsbedingten Unterbrechung oder Reduzierung der ErwerbstÃ¤tigkeit der Elternteile und eine Kompensation der Betreuungskosten fÃ¼r das Kind *(vgl BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 20/09Â R*Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 8 RdNrÂ 64; BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 21/09Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 63, jeweils mit Hinweis auf BTâ□□Drucks 16/1889, SÂ 1Â f, 14Â f, 20 und mwN)*. SchlieÃ□lich ist das den Ausgleich nach dem BEEG begrÃ¼ndende Ereignis (Geburt eines Kindes und die notwendige Betreuung) kein Schicksalsschlag, mit dem zwingend der Ausfall von Erwerbseinkommen einhergeht. Aus diesem Grund ist das Elterngeld im Bezugszeitraum auch nur als subsidiÃ¤re UnterstÃ¼tzungsleistung ausgestaltet, auf die gleichzeitig bezogene einkommensersetzende Leistungen angerechnet werden *(vgl* Â§Â 3 AbsÂ 1 BEEG*)*. Es verbindet die LeistungsgewÃ¤hrung nicht mit der Verwirklichung eines bestimmten Erwerbsrisikos, sondern mit einer typischen, aber hinsichtlich individueller EinkommenseinbuÃ□en unterschiedlich ausgeprÃ¤gten allgemeinen Bedarfslage. Eine Abweichung von der ReferenzgrÃ¶Ã□e des Einkommens aus ErwerbstÃ¤tigkeit, wie sie bei kurzfristigen Entgeltersatzleistungen in AusnahmefÃ¤llen existiert, sieht das Elterngeld daher nicht vor *(BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10 EG 20/09Â R *Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 8 RdNrÂ 65Â f; BSG Urteil vom 17.2.2011 â□□Â* BÂ 10Â EG 21/09Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 64Â f)*.

Â

45

Angesichts dieser gewichtigen systemischen Unterschiede war der BEEGâ□□Gesetzgeber nicht aus verfassungsrechtlichen GrÃ¼nden gezwungen, die ganz anders geartete Berechnungsmethode des Arbeitslosengelds fÃ¼r Entwicklungshelfer unter Durchbrechung der elterngeldrechtlichen Systematik im BEEG auch fÃ¼r das aktiven und ehemaligen Entwicklungshelfern gezahlte Elterngeld vorzusehen.

Â

46

5.Â Gegen die Elterngeldberechnung unter Einbeziehung des Unterhaltsgelds sind von den Beteiligten ansonsten keine Bedenken geÃ¤uÃ□ert worden. Auch fÃ¼r den Senat sind Berechnungsfehler nicht ersichtlich. Insbesondere sind die Vorinstanzen zutreffend davon ausgegangen, dass bei der KlÃ¤gerin keine AbzÃ¼ge fÃ¼r Abgaben zur gesetzlichen Krankenâ□□ und Pflegeversicherung nach Â§Â 2f AbsÂ 1 BEEG in HÃ¶he einer entsprechenden monatlichen Pauschale zu berÃ¼cksichtigen waren, weil die KlÃ¤gerin als Entwicklungshelferin nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung war, sondern zu ihren Gunsten eine Gruppenversicherung bei einem privaten Versicherungsunternehmen bestand *(vgl* Â§Â 7Â EhfG*; vgl auch BSG Urteil vom 5.4.2012 â□□Â* BÂ 10Â EG 6/11Â R*Â â□□ SozR 4â□□7837 Â§Â 2 NrÂ 15)*.

Â

47

C. Die Kostenentscheidung ergibt sich aus Â§Â 193 SGG.

Â

Erstellt am: 11.08.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024